

WAZ: Pegida-Demonstranten ziehen durch die Städte. Sie lassen erkennen, dass sie Ausländer für kriminell halten. Sind Ausländer kriminell?

Arnold Plickert: Es ist absurd zu sagen, alle Ausländer sind kriminell, brechen in Wohnungen ein, üben Gewalt aus. Zur Analyse gehört aber auch: Die Politik macht einen Kardinalfehler, wenn sie nicht den Mut aufbringt, die Probleme offen zu benennen.

WAZ: Welche Probleme meinen Sie?

Plickert: Dass es Auffälligkeiten gibt. Wir haben in NRW einen Migrantenteil von zehn bis zwölf Prozent in der Bevölkerung, nach der Polizeilichen Kriminalstatistik aber liegt ihr Anteil bei den Straftaten bei 20

Prozent. Den Unterschied kann man nicht wegdiskutieren.

WAZ: Das platte ‚Ausländer raus‘ kann doch keine Konsequenz sein?

Plickert: Nein, überhaupt nicht. Wir sind auf mehr Zuwanderung angewiesen. 60 Prozent der Menschen, die zu uns kommen, sind gut gebildet. Sie sind bereit, den deutschen Arbeitsmarkt zu nutzen. Sie werden sich an unsere Gesetze halten. Da sind aber auch Armutszuwanderer oder die, die vor Krieg und Gewalt geflohen sind. Ich muss mich doch fragen: Was mache ich mit den Menschen, die traumatisiert sind, die schlimmste Dinge hinter sich haben, die vielleicht die Polizei aus der Heimat her als brutalen Gegner kennen? Um denen zu helfen, brauchen wir Ressourcen, Räumlichkeiten,

Gesprächangebote. Eine gute Integration ist entscheidend, um sie nicht in die Kriminalität abgleiten zu lassen. Das haben wir über Jahre verschlafen. Da fehlt es an Einsatz. Da redet die Gesellschaft nicht mal drüber.

WAZ: Welche Gruppen machen Ihnen am meisten Kopfzerbrechen?

Plickert: Wir haben aktuell ein sehr großes Problem. Die Zahl unbegleiteter Kinder und Jugendliche, die nach Deutschland, kommen steigt seit zwei, drei Jahren sprunghaft an. Offiziell sind es 2013 mehr als 6500 gewesen. Sie haben oft keine Pässe und Papiere. Wir wissen nicht mal, wie alt sie sind. Sie haben Krieg erlebt oder in Erinnerung, wie Freunde, Verwandte oder Eltern vergewaltigt oder getötet wurden.

WAZ: Aber denen wird doch geholfen.

Plickert: Na ja. Ihr erster Kontakt hier ist das Jugendamt, das personell auch nicht besser ausgestattet ist als die Polizei. Von dort schickt man sie in die Erstaufnahmen nach Dortmund, Köln oder Ostwestfalen. Sie wechseln dann von Heim zu Heim, werden meldemäßig nicht weiter erfasst...

WAZ: ... und laufen Gefahr, schnell in den kriminellen Sog zu geraten?

Plickert: Nicht die, die in einen geregelten Schulbetrieb eingegliedert werden können. Aber viele brechen aus, driften in Peer-Groups ab, die schon in Kontakt mit Kriminalität gekommen sind. Da sind Kinder bei, die 30 oder 40 Raubdelikte im Jahr begehen. Einige sind gerade 13 Jahre alt, also nicht

strafmündig. Sie müssen wieder entlassen werden. Andere sind von libanesischen Großfamilien gesteuert, wie es sie in Essen gibt. Solche Strukturen bieten Boden für Straftaten.

WAZ: Lässt sich das in Zahlen ausdrücken?

Plickert: Dass die Zahl der Laden- und Taschendiebstähle 2014 in NRW um zehn Prozent angestiegen ist, hat nicht ursächlich mit wachsender Ausländerkriminalität zu tun, geht aber doch zum Teil auf die steigenden Asylzahlen zurück. Und auf den Ringen, der Partymeile in Köln, wo es seit einiger Zeit auf den Bürgersteigen tänzelnde, meist afrikanische Gruppen gibt, werden inzwischen 1000 Handys gestohlen. Im Monat. Eine hohe Zahl.

WAZ: Die Polizei kommt nicht dagegen an?

Plickert: Das ist in manchen Stadtvierteln, wo es Problemhäuser und Verwahrlosung gibt, schwierig. Dort treten Jugendbanden auf, die gegenüber der Polizei deutlich machen: Hier haben wir das Sagen, hier gilt kein deutsches Recht. In Aachen ist eine Festnahme gescheitert, weil unsere Kollegen von solch einer größeren Gruppe bedroht wurden. Sie konnten nur fliehen. In Dortmund wurde unseren Kolleginnen, die einer überfallenen älteren Dame helfen wollten, der Zugang versperrt.

WAZ: Sind das Einzelfälle?

Plickert: Ja. Aber wenn sie Berichte aus Berlin-Kreuzberg lesen – ähnliche Verhältnisse gibt es auch im

Ruhrgebiet. Um eine Verschärfung der Entwicklung zu verhindern, müssen wir vor allem klar machen: Bei uns gilt die Schulpflicht. Die ist einzuhalten. Und wenn das nicht passiert, sollte zum Beispiel das Kindergeld gekürzt werden können.

WAZ: Wir haben über Asylbewerber gesprochen. Machen Ihnen die Banden, die aus EU-Staaten Osteuropas über die seit dem Schengen-Vertrag offenen Grenzen kommen und hier Wohnungen ausrauben, nicht weit mehr Probleme?

Plickert: Schengen ist ein Symbol für eine freie, offene, europäische Gesellschaft. Das finde ich gut. Gemeinsam lassen sich viele Probleme, auch polizeiliche, besser lösen. Der Nachteil ist: Uns fehlen bestimmte Möglichkeiten der Kontrolle.

Wohnungseinbrüche sind in NRW zwischen 2009 und 2013 um 40 Prozent gestiegen. Eine Ursache sind eben die offenen Grenzen. Die Tätergruppen wissen, sie werden nicht kontrolliert.

WAZ: Was kann man tun?

Plickert: Nachbessern. Die Sicherheitsbehörden unserer Länder müssen mehr zusammenarbeiten. Erst im letzten Jahr, fast viel zu spät, ist mit Polen ein Polizei-Abkommen zustande gekommen, das regelt, dass wir Täter über die Grenze hinaus ins andere Land verfolgen können und die Daten vernünftig abgleichen. Jetzt wird der Beitritt von Rumänien in den Schengen-Raum diskutiert. Wenn der Polizist dann einen Rumänen in Bottrop anhält, will er wissen: Ist dieser in Rumänien als Täter bekannt? Wegen welcher Tat

ist er dort verfolgt worden? Diese
Informationen können uns die
Rumänien noch nicht zur Verfügung
stellen.